

## Neue Gewerbeflächen an der A 7 ausweisen

Das fordert die Wählergemeinschaft Aktives Ellerau in ihrem Zukunftsprogramm

Ellerau. Das Gewerbegebiet Ost in Ellerau soll erweitert werden. Das fordert Aktives Ellerau - die Wählergemeinschaft, mit neun Vertretern deutlich stärkste Fraktion im Gemeinderat, hat nach der Hälfte der Wahlperiode Bilanz gezogen und die weiteren Pläne für die Ortsentwicklung vorgestellt. Auf sieben Hektar sollen neue Gewerbeflächen an der Autobahn 7 erschlossen und verkauft werden - eine Forderung, die auch von anderen Parteien unterstützt wird.

Rund 4,5 Millionen Euro muss die Gemeinde dafür ausgeben, rund 800 000 Euro sollen noch in diesem Jahr investiert werden. Die Wählergemeinschaft hofft und erwartet, dass durch das zusätzliche Flächenangebot neue Betriebe in den Ort gelockt werden und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen. Das scheint dringend nötig, muss Ellerau nach der Erhöhung der Kreisumlage doch 1,8 Millionen Euro an den Kreis Segeberg zahlen, so viel, wie Ellerau an Gewerbesteuer jährlich kassiert.

"Ellerau verfügt kaum noch über freie Gewerbegrundstücke. Daher ist es klug und richtig, Vorratsflächen zu schaffen. Die Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass die Nachfrage nach Gewerbestandorten in der Metropolregion ungebrochen ist", sagt AE-Sprecher Nicolas Streker. Eine klare Absage erteilt er einer Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer, der jetzt bei 320 Prozent liegt. Und damit 30 Punkte höher als in der Nachbarstadt Quickborn und auch noch um zehn Punkte höher als beim anderen großen Nachbarn Henstedt-Ulzburg.

Weiteres Großprojekt im Entwicklungsprogramm von AE ist die Zukunft der Grundschule. "Dort fallen in den kommenden Jahren aufwendige Instandsetzungen und Reparaturen an, die nach unserer Rechnung rund 2,5 Millionen Euro kosten dürften", sagt der AE-Vorsitzende Wolfgang Dohrmann. Hinzu komme, dass in der Gemeinde neue Krippenplätze geschaffen werden müssen. Daher sei zu prüfen, ob nicht gleich neu gebaut und damit eine große Lösung gefunden wird, anstatt mit "Flickschusterei" weiterzumachen. Entscheidungsgrundlagen erhoffen sich die AEler von einer Expertenkommission, die schon bald die Arbeit aufnehmen soll.

Auch ein Dauerprojekt findet sich im Forderungskatalog: Die Staus vor den AKN-Schranken am Berliner Damm müssen beseitigt werden - auch eine Aussage, in der sich die Ortspolitiker einig sind. Voruntersuchungen gibt es bereits. Danach soll entweder die Bahn tiefer gelegt werden oder der Autoverkehr in einem Tunnel verschwinden. Doch das Millionenprojekt, das Entlastung bringen soll, lässt sich nur gemeinsam mit Quickborn realisieren.

"Wir erwarten, dass sich die Quickborner verkehrspolitisch nicht weiter verstecken, sondern konstruktiv noch in dieser Wahlperiode ein verbindliches Konzept verabschieden", sagt AE-Fraktionschef Wolfgang Dutsch, der ohnehin auf einen intensiveren Austausch mit dem großen Nachbarn drängt. Dafür habe sich auch der Ellerauer Ältestenrat ausgesprochen. Das Verhältnis der beiden direkt aneinander grenzenden Orte war in den vergangenen Jahren mehrfach gestört. Außerdem bekräftigt die Wählergemeinschaft die Forderung, dass die AKN oder die S-Bahn, die als Alternative im Gespräch ist, bis zum Hamburger Hauptbahnhof durchfahren muss.(ms)